



Presseinformation

Düsseldorf, 20.12.2019

Gegen religiös begründeten Extremismus: Landeszentrale für politische Bildung spricht Moscheegemeinden mit Präventionsarbeit an

Fortbildungsreihe fördert Aufbau eines starken Präventionsnetz- werks – Radikalisierung von Frauen bei 8. Auflage in Bielefeld erst- mals im Fokus

Pressesprecher

Jochen Mohr

Telefon 0211 896– 4790

Telefax 0211 896– 4575

presse@mkw.nrw.de

Religiös argumentierende Extremisten suchen mit ihren menschenverachtenden und gewaltverherrlichenden Ideen vor allem bei Jugendlichen nach Zustimmung. Mit der Qualifizierungsreihe „Starke Jugend: Gemeinsam für Demokratie – Gegen religiösen Extremismus!“ unterstützt die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen seit 2017 Vertreterinnen und Vertreter muslimischer Gemeinden darin, junge Menschen vor extremistischen Ideologien zu schützen. Bei ihrer achten Durchführung machte die Reihe im November und Dezember 2019 in Bielefeld Station.

Maria Springenberg-Eich, Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen: „Radikalisierungsgefährdete Jugendliche benötigen Hilfe, um nicht von gewaltbereiten Salafisten und anderen Extremisten für ihre Ideen gewonnen zu werden. Die Einbeziehung von Musliminnen und Muslimen in die Präventionsarbeit ist uns dabei besonders wichtig. Imame und Aktive in Moscheegemeinden können aufgrund ihrer theologischen Kompetenz und ihres Zugangs zu Jugendlichen einen wichtigen Beitrag zu Demokratiebildung und Prävention leisten.“

2017 gestartet, wurde die Reihe inzwischen an acht Standorten angeboten (Düsseldorf/Duisburg, Mettmann, Köln, Wuppertal, Bonn, Dortmund, Bochum, Bielefeld). Bei der Veranstaltung in Bielefeld lag der Fokus nun erstmalig auch auf genderspezifischen Aspekten der Radikalisierung. Damit reagiert die Landeszentrale auf Erkenntnisse der Wissenschaft und des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen, die auf die große Rolle von Frauen bei der Verbreitung extremistischer Ideologien hinweisen.

Das Seminar in Bielefeld wurde in Kooperation mit den lokalen Vertreterinnen und Vertretern des Landesprogramms „Wegweiser - Gemeinsam

Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
www.mkw.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
S-Bahnen S 8, S 11, S 28
(Völklinger Straße)
Rheinbahn Linie 709
(Georg-Schulhoff-Platz)
Rheinbahn Linien 706, 707
(Wupperstraße)

gegen gewaltbereiten Salafismus“, dem Kommunalen Integrationszentrum der Stadt Bielefeld und dem Polizeipräsidium Bielefeld durchgeführt. Vertreterinnen und Vertreter aus sieben Bielefelder Moscheegemeinden, muslimischen Kulturvereinen und Initiativen trafen an vier Seminartagen auf Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verwaltung und pädagogischer Praxis. Sie diskutierten Ursachen von Radikalisierung, den Einfluss des Internets, mögliche Gegenstrategien – und vernetzten sich mit lokalen Akteurinnen und Akteuren der Extremismusprävention. Mit einem starken Präventionsnetzwerk sollen mögliche Radikalisierungsprozesse bei Jugendlichen und jungen Heranwachsenden bereits in ihren Anfängen erkannt und verhindert werden.

2020 plant die Landeszentrale für politische Bildung die Qualifizierungsreihe in Aachen fortzusetzen. Partner sind das Ministerium des Innern und das Integrationsministerium.

Weitere Informationen unter: <https://www.politische-bildung.nrw.de>

Landesprogramm „Wegweiser“

„Wegweiser“ ist ein Präventionsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen gegen gewaltbereiten Salafismus. Es richtet sich an Personen, die bereits mit der salafistischen Szene sympathisieren oder in diese abzurutschen drohen, sowie an das jeweilige soziale Umfeld. Ein wesentliches Element des Programms ist die konkrete Beratung vor Ort.

<https://www.im.nrw/wegweiser>